



VPL Newsletter

Ausgabe 2/15

Liebe VPL-Mitglieder

Die Landwirtschaft kommt nicht aus den Schlagzeilen und bleibt topaktuell.

Neustes Beispiel sind die Sparvorgaben des Bundesrates für 2016. Bereits für letztes Jahr wollte die Exekutive die Landwirtschaftsbeiträge reduzieren. Dank einem parteiübergreifenden Grosseinsatz gelang es letzten Dezember im Parlament, die Kürzungsanträge des Bundesrates betreffend die Landwirtschaft von 128 Millionen auf 29 Millionen zu beschränken.

Jetzt beginnt das Spiel von vorn. Gemäss Landesregierung sollen die Bauern nächstes Jahr 72 Millionen Franken weniger erhalten.

Während starke Eingriffe in die unternehmerische Freiheit und ein riesiger administrativer Aufwand mit grossen Kostenfolgen unverändert Voraussetzungen bleiben für den Erhalt von Direktzahlungen, werden diese betragsmässig alljährlich von neuem gekürzt.

Die Landwirtschaft befindet sich im Schraubstock. Planungs- und Rechtssicherheit gibt es nicht mehr, und die Bauernschaft ist immer mehr der politischen Willkür ausgesetzt.

Deshalb besteht Korrektur- und Handlungsbedarf. Und genau hier setzt die Tätigkeit des VPL ein: Wir kämpfen für eine produzierende Landwirtschaft mit guten Rahmenbedingungen, damit Bäuerinnen und Bauern eine Zukunft haben!

Im Namen des VPL-Vorstandes
Nationalrat Rudolf Joder, Präsident

Stand politische Vorstösse

National



Vorstösse Nationalrat Rudolf Joder

- [14.3636](#) - Motion. Administrative Entlastung für die Landwirtschaft.
⇒ Die Antwort des Bundesrates liegt vor (Mit Klick auf die Geschäftsnummer ersichtlich).
- [14.435](#) - Parlamentarische Initiative. Sicherung der Ernährungssicherheit.
⇒ Die APK-N beantragte am 16.02.2015 mit 11 zu 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen, der Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit der Kommission (Aebi Andreas, Estermann, Müller Walter, Reimann Lukas, Reimann Maximilian, Stamm) beantragte der Initiative Folge zu geben.

Vorstösse Nationalrat Ernst Schibli

- [14.4254](#) - Interpellation. Die finanziellen Auswirkungen der Agrarpolitik 2014-17 auf die produzierende Landwirtschaft und ihren Leistungsauftrag.
⇒ Die Antwort des Bundesrates liegt vor (Mit Klick auf die Geschäftsnummer ersichtlich).
- [14.3942](#) - Motion. Schnittzeitpunkt von landwirtschaftlichen Ökoflächen flexibilisieren.
⇒ Die Antwort des Bundesrates liegt vor (Mit Klick auf die Geschäftsnummer ersichtlich).

- [14.3941](#) - Motion. Fallholz entlang von Gewässern wegräumen.
⇒ Die Antwort des Bundesrates liegt vor (Mit Klick auf die Geschäftsnummer ersichtlich).
- [14.455](#) - Interpellation. Auswirkungen eines institutionellen Abkommens mit der EU auf die Landwirtschaft.
⇒ Die Antwort des Bundesrates liegt vor (Mit Klick auf die Geschäftsnummer ersichtlich).
- [14.455](#) - Parlamentarische Initiative. Die landwirtschaftliche Nutz- und Produktionsflächen sowie die Bau- und Bauentwicklungsgebiete erhalten und ihnen Sorge tragen.
⇒ Im Rat noch nicht behandelt
- [14.430](#) - Parlamentarische Initiative. Änderung der Rechtsgrundlagen für die Direktzahlungen.
⇒ Die WAK-N beantragte am 12.01.2015 mit 17 zu 6 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit (Walter, Aeschi Thomas, Amstutz, Flückiger, Matter, Müri, Rime) beantragt, Folge zu geben.

Kantonal



Vorstösse Grossrat Samuel Graber

Geschäftstitel

[Denkmalpflege: Umbau von Ökonomieteilen \(Ställen\) erleichtern](#)

[Erleichterte und verkürzte Planungsverfahren für Windenergieanlagen](#)

[Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft](#)

Vorstösse Grossrat Thomas Knutti

Geschäftstitel

[Längerfristig nur noch Schweizer Holz in kantonalen Bauten verwenden](#)

[Rindviehstall der Gutsbetriebe INFORAMA-Rütti und Hondrich: Zeitgemässe Ausbildung erfordert zeitgemässe Infrastruktur](#)

[Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft](#)

Vorstösse Grossrat Martin Schlup

Geschäftstitel

[Rindviehstall der Gutsbetriebe INFORAMA-Rütti und Hondrich: Zeitgemässe Ausbildung erfordert zeitgemässe Infrastruktur](#)

Vorstösse aller VPL-Grossräte

Geschäftstitel

[Gleichbehandlung von Tierhaltungssystemen](#)

VPL-Grossräte verlangen in der Motion „[Gleichbehandlung von Tierhaltungssystemen](#)“ gleich lange Spiesse bei Stallsystemen

In der oben erwähnten Motion verlangen die VPL-Vorstandsmitglieder und Berner Grossräte Thomas Knutti, Samuel Graber, Martin Schlup und Madeleine Amstutz, dass neugebaute Anbindeställe bei der Beurteilung für den Erhalt von Strukturverbesserungsbeiträgen, ebenfalls berücksichtigen werden. So sollen Anbindeställe, welche nach heutigen Tierschutzvorschriften gebaut werden, gleich behandelt werden wie Laufstallsysteme.

Rund 60 % der heute in der Schweiz tätigen 20'000 Milchwirtschaftsbetriebe halten ihre Tiere in Anbindeställen. Diese 12'000 Betriebe werden je länger je mehr als unmodern und tierschutzwidrig hingestellt. Der VPL ist zudem um die kleinen Betriebsstrukturen in der Schweiz besorgt, welche durch die, nach wie vor auf Extensivierung fokussierte Agrarpolitik, gefährdet sind. Der durch die bevorzugte Behandlung der Auslaufställe entstehende Konkurrenzkampf innerhalb der Milchwirtschaft, schwächt die kleinen Betriebsstrukturen in der Schweiz unnötig. Man ist überzeugt, dass gerade nach der erzwungenen AP 14-17 auch den kleineren Landwirtschaftsbetrieben mehr Sicherheit zu gewähren ist.

Der VPL und die IG Anbindestall wollen mit dieser Motion erreichen, dass Anbindeställe bei der Vergabe von Strukturverbesserungsbeiträgen gleich behandelt werden wie Laufställe. Denn in der Nutzwertanalyse erhalten heute neugebaute Laufställe in der Hügel- und Bergzone im Kriterium «Tierfreundlichkeit» die volle Punktzahl, wohingegen Anbindeställe leer ausgehen. Ein entscheidender Faktor, denn je eher ein Betrieb eine gewisse Anzahl Punkte bei der Bewertung eines Neubaus erreicht, umso eher erfüllt er die Voraussetzungen Beiträge zu erhalten.

Arbeitsprogramm VPL

Die Ernährungssicherheits-Initiative muss umgesetzt werden

Für den Verein für eine produzierende Landwirtschaft (VPL), Mitinitiant der Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit», ist der vom Bundesrat präsentierte Gegenentwurf zur erwähnten Initiative keine Alternative. Der Gegenentwurf lässt viele Punkte ungeklärt, wiederholt bestehendes und will die Agrarmärkte öffnen.

Im direkten Gegenentwurf des Bundesrates spricht sich dieser für eine ressourceneffiziente und wettbewerbsfähige Produktion aus. Stossend am Gegenentwurf ist insbesondere, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen, die den Zugang zu den internationalen Agrarmärkten begünstigen und die Reduktion des administrativen Aufwandes unerwähnt bleibt. Der VPL ist mit dem direkten Gegenentwurf nicht einverstanden, da er zu viele Fragen offen lässt und die wahren Anliegen der Nahrungsmittelproduzierenden Landwirte verfehlt. Die Kernanliegen der Initiative, nämlich die Stärkung der inländischen Lebensmittelproduktion, die Reduzierung des administrativen Aufwandes in der Landwirtschaft und eine angemessene Rechts- und Investitionssicherheit in der Branche, werden durch den bundesrätlichen Gegenentwurf nicht abgedeckt.

Trotz der stark wachsenden Bevölkerungszahl und der daraus folgenden Tatsache, dass der Netto-Selbstversorgungsgrad der Schweiz seit Jahren sinkt, hat das eidgenössische Parlament der AP 14-17 zugestimmt, in welcher z.B. der Ackerbau, der Anbau von Brotgetreide oder Zuckerrüben weniger unterstützt und Tierbeiträge gestrichen wurden. Dafür werden unter dem Stichwort «Landschaftsqualitätsbeiträge» öffentliche Gelder für Liegewiesen, Trockensteinmauern, Wegkreuze, Holzlattenzäune oder diskret gelagerte Siloballen gesprochen. Der VPL wird sich weiterhin gegen diese widersprüchliche Politik stellen und hält an den Forderungen der Initiative fest.

Unsere Vernehmlassungsantwort finden Sie [hier](#).

Allgemeine Informationen

Bund startet Ideenbörse



Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) will den administrativen Aufwand für Bauern und Verwaltung verringern und hat deshalb das Projekt «Administrative Vereinfachung» gestartet.

Mit einer Ideenbörse sucht das BLW derzeit nach Vorschlägen, wie Vorschriften im Rahmen der Landwirtschaftsgesetzgebung und anderer Gesetzgebungen vereinfacht werden können. Denn der derzeitige Administrativ-Aufwand verursacht Kosten. «Es sind insbesondere Vorschläge gesucht, die aufzeigen, wie die Ziele der Agrarpolitik auf anderem Weg erreicht oder überprüft werden können», schreibt das BLW. «Die Ergebnisse des Projekts werden Ende 2015 in einem Schlussbericht zusammengefasst.»

Anregungen nimmt das Bundesamt bis Ende Juli 2015 entgegen. Anschliessend bestimmt ein BLW-internes Projektteam diejenigen Vorschläge mit dem grössten Potenzial. Die drei besten Ideen erhalten einen Preis.

Die Vorschläge können dem BLW ab sofort online mitgeteilt werden unter <http://www.blw.admin.ch/themen/00005/01931/index.html?lang=de>

Bäuerliche Verstärkung im Nationalrat

Gleich drei der Berner VPL-Vorstandsmitglieder und Grossräte kandidieren dieses Jahr für den Nationalrat.

Mit ihrem politischen wie persönlichen Engagement für eine produzierende Landwirtschaft, beweisen die drei Grossräte und Bauern Samuel Graber, Thomas Knutti und Martin Schlup, dass sie nicht nur Durchhaltewilligen sondern auch das nötige Wissen für eine glaubwürdige bäuerliche Vertretung in Bundesbern haben.

Der VPL unterstützt diese Kandidaturen.



In den
Nationalrat

Samuel Graber



Thomas **Knutti**



Martin **Schlup**

Verabschiedung Resolution an der ersten VPL-Mitgliederversammlung

An ihrer ersten Mitgliederversammlung vom 22.04.2015 haben die Mitglieder des Vereins für eine produzierende Landwirtschaft (VPL) einstimmig eine Resolution verabschiedet. In dieser wird u.a. der Bundesrat beauftragt, den Gegenentwurf zur Ernährungssicherheitsinitiative zurückzuziehen.

Die Auswertung der Vernehmlassung zum bundesrätlichen Gegenentwurf zur Ernährungssicherheitsinitiative zeigt, dass der Gegenvorschlag des Bundesrates grossmehrheitlich negativ beurteilt wird. Als Folge der Ablehnung durch SVP, CVP, FDP, SP, Grüne, Bauernverband und Gewerbeverband, findet der Gegenvorschlag des Bundesrates politisch keine Mehrheit und ist im Parlament und vor dem Volk absolut chancenlos. Die Ernährungssicherheitsinitiative bietet zudem die einmalige Gelegenheit, der ganzen Bevölkerung die grosse Bedeutung einer einheimischen Landwirtschaft und die Wichtigkeit von nachhaltig produzierten und gesunden Lebensmitteln mit hoher Qualität aufzuzeigen. Wenn die gesamte Landwirtschaft einheitlich und entschlossen auftritt, besteht die grosse Chance, dass das Schweizervolk der Ernährungssicherheitsinitiative zustimmt. Der VPL fordert somit in seiner gestern verabschiedeten Resolution den Bundesrat auf, den Gegenentwurf zur Ernährungssicherheitsinitiative zurückzuziehen. Des Weiteren fordert er alle Landwirtschaftsorganisationen der Schweiz auf, Einigkeit zu zeigen und sich geschlossen hinter die Ernährungssicherheitsinitiative zu stellen.

Der Schweizer Bauernverband (SBV) ist die grösste Landwirtschaftsorganisation der Schweiz. Ihm obliegt es, die Koordination mit allen Mitbeteiligten zu übernehmen, die Argumente aufzuzeigen, die Zeit zu nutzen und jetzt schon gezielt die Vorkampagne zu starten im Hinblick auf die kommende Volksabstimmung über die Ernährungssicherheitsinitiative. Der VPL fordert den SBV in seiner Resolution auf, die Führung zu übernehmen und jetzt schon die Abstimmungskampagne über die Ernährungssicherheitsinitiative aktiv vorzubereiten.

Impressum:

Redaktion: Sekretariat VPL

Kontakt: info@produzierende-landwirtschaft.ch

Erscheinungsweise: 4x pro Jahr

Ausgabe 2/15 vom 16. Juli 2015

Besuchen Sie uns auf
www.produzierende-landwirtschaft.ch